

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD

» NEUES VOM ARBEITSKREIS VERFOLGTER SOZIALDEMOKRAT*INNEN

» MEHR GRÜN, MEHR PLATZ FÜR MENSCHEN

» JUSOS WIEDER VOR ORT!



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die SPD ist zurück – in Präsenz und mit voller Kraft! Das ist die Botschaft unseres ersten Parteitags in Präsenz seit 2019 gewesen. Im Zentrum des Parteitags Ende April standen starken Leitanträge zur Friedenspolitik in der Zeitenwende sowie zu guter Arbeit.

Vor allem tat uns allen der persönliche Austausch und das persönliche Ringen um die richtige Linie gut. Mehr davon wird es in den nächsten Wochen und Monaten geben: Auf der Jubilarehrung, dem Jahresempfang, den Parteiausschüssen und vieles mehr.

Nürnberg braucht eine starke und lebendige SPD. Seid auch ihr aktiv mit dabei.

Aktiv werden wir auch im Landtags- und Bezirkstagswahlkampf. Dieser wirft seine Schatten voraus – in den OV's geht es gerade um die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten. Es zeichnen sich einige spannende Wettbewerbe auf den Konferenzen ab. Das zeigt: Wir schöpfen aus den Vollen.

Uns alle eint das Ziel, die Dauerherrschaft der CSU endlich zu beenden – und Bayern ein Stück gerechter zu machen.

Euer

Nasser Ahmed



JAHRESHAUPT- VERSAMMLUNG DER SPD NÜRNBERG

Am Samstag, den 30. April fand unsere Jahreshauptversammlung im Uhrenhaus statt. Zum ersten Mal seit 2019 konnten wir unseren Parteitag mit rund 200 Gästen wieder in Präsenz durchführen. Im Rahmen dieser Versammlung konnten wir die inhaltlichen Schwerpunkte für die zukünftige politische Arbeit der SPD Nürnberg setzen.

Unsere stellvertretende Vorsitzende Kerstin Gardill hatte die große Ehre, das höchste Beschlussgremium der SPD Nürnberg zu eröffnen. Danach folgte eine Rede von Nasser Ahmed. Dieser sprach zum ersten Mal als Vorsitzender der SPD Nürnberg auf unserem Parteitag. Vor einem Jahr wurde er im

Rahmen eines digitalen Parteitags zum Vorsitzenden gewählt. Seitdem ist so Einiges passiert. Wir haben vieles erreicht, einige Veränderungen erlebt und vor allem die Sozialdemokratie in unserer Stadt neu gestärkt.

Eines ist aber immer gleich geblieben: Als älteste und größte Partei tragen wir eine Verantwortung für unsere Demokratie. Wir kämpfen für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dafür setzte sich unser neuer Vorstand und alle Genoss*innen der SPD Nürnberg gemeinsam ein.

Neben unseren Mandatsträger*innen, waren auch Funktionär*innen SPD-naher »



Seit dem Ausbruch der Pandemie konnten wir keinen Parteitag in Präsenz durchführen. Umso schöner ist es, endlich so viele Genoss*innen beisammen zu sehen.

Organisationen auf unserer Versammlung um Grußworte zu halten. Darunter auch Ina Schönwetter-Cramer, Vorständin des AWO-Kreisverbands Nürnberg. Als Gastredner durften wir Martin Burkert, stv. Bundesvorsitzender der EVG begrüßen. Dem Gewerkschafter war es wichtig, auf die vielen gewerkschaftlichen Themen einzugehen, die auch die Bundestagswahl und die Koalitionsverhandlungen stark mitgeprägt haben. Ein großer Grund zur Freude ist dabei der Mindestlohn von 12 €, der bereits in diesem Jahr eingeführt wird.

Das eine oder andere kritische Wort zum Beispiel in Bezug auf den Schienenbereich im Koalitionsvertrag, wurde in seiner Rede auch geäußert. Als ehemaliger Nürnberger Bundestagsabgeordneter ging er natürlich auch auf Nürnberger Bahnthemen ein: Die Ansiedlung eines neuen ICE-Werkes, den Ausbau der Gräfenbergbahn und die neue Technische Universität, die in seinen Augen einen Lehrstuhl für Schientechnik gut vertragen könnte.

Nach den Redebeiträgen ging es mit der Antragsberatung los. Es gingen klare Signale für die Unterstützung der Ukraine und gute Arbeit vom Parteitag aus. Dafür hatte der Vorstand Leitanträge vorbereitet, die beraten und verabschiedet wurden.

„Wir sind die Partei der guten Arbeit!“
Mit dem Leitantrag „Gute Arbeit für Nürnberg“ ist unser stv. Vorsitzender Bernd Hampel vor unsere Genoss*innen getreten. Die SPD-geführte Bundesregierung hatte die Anhebung

des Mindestlohns auf 12 €, die Eindämmung der sachgrundlosen Befristung sowie deutliche Verbesserungen beim Schutz von Betriebsräten und deren Arbeit beschlossen.

Auch in Nürnberg steht die SPD für gute Arbeit. Wir wollen die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Nürnberg weiter nach Kräften unterstützen. Vorrang hat für uns die Ansiedlung von Arbeitsplätzen, die besonders innovative Beschäftigungschancen bieten.

Nürnberg muss weiterhin ein attraktiver Standort für die Ansiedlung qualitativ hoch-

wertiger Arbeitsplätze in den Betrieben und im öffentlichen Dienst bleiben.

Ein enger Austausch mit den Unternehmen unserer Stadt über deren Bedürfnisse und notwendigen Voraussetzungen für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen bildet die Grundlage für gute Arbeit.

Der Erhalt und die Ansiedlung von Arbeitsplätzen muss mit guten Arbeitsbedingungen Hand in Hand gehen. Dabei geht es uns nicht nur um das Setzen von gesetzlichen Mindeststandards, sondern auch um eine starke,



„Sozialdemokratie in der Zeitwende“ – darum ging es in der Rede unseres Vorsitzenden, Nasser Ahmed.

durch Gewerkschaften organisierte Mitbestimmung in den Betrieben. Dies gilt insbesondere auch für die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen in Bereichen, in denen wir als Partei unmittelbar Verantwortung tragen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind hierbei unsere Partner.

Stoppt den Krieg – Frieden und Freiheit für die Ukraine

Der brutale Angriffskrieg in der Ukraine war auch auf der Jahreshauptversammlung ein wichtiges Thema. Unser Vorstand, allen voran Martina Borgendale, Viktor Strogies und unsere Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich haben einen Leitantrag mit einer klaren Botschaft verfasst: Stoppt den Krieg – Frieden und Freiheit für die Ukraine. Mit der Verabschiedung dieses Leitantrags haben unsere Genoss*innen auf unserem Parteitag ein klares Zeichen für Frieden gesetzt!

Wir als SPD verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine. Millionen von Menschen müssen schreckliches Leid ertragen, weil sie in Europa wieder von einem großen Krieg betroffen sind. Millionen Menschen müssen fliehen. Kinder werden getötet, Frauen vergewaltigt und ein Land verwüstet. Die Zerstörung von Mariupol durch russische Angriffe und das russische Massaker in Butscha demaskieren die russische Behauptung von einer Befreiung der Ukraine von einem „faschistischen Regime“ als Lüge. Der Angriffskrieg Putins ist durch nichts zu rechtfertigen!

Neben den Leitanträgen haben unsere Delegierten sich noch mit 27 weiteren Anträgen befasst. Die thematische Bandbreite reichte von Kultur, Klimaschutz, Müllmanagement über Bodycams bei der Polizei, die Prüfung von Subventionen bis zum Schutz für Whistleblower*innen.

Auch personelle Fragen wurden auf unserer JHV geklärt: So mussten zwei AG-Vertreter*innen im Unterbezirksvorstand (UBV) neu gewählt werden. Oskar Brabanski ist nun als Vertreter der AfA (AG für Arbeitnehmer*innenfragen) in den UBV gewählt worden. Als Juso-Vertretung wurde Anil Altun in den UBV gewählt.

Mit einem Schlusswort des stellvertretenden Vorsitzenden Bernd Hampel wurde die Jahreshauptversammlung 2022 beendet. Wir freuen uns, dass solche Parteiformate endlich wieder in Präsenz stattfinden können. Der persönliche Austausch unserer Genoss*innen ist einfach unabdingbar für unsere Parteiarbeit.

Alle Infos zu den Leitanträgen sowie das Antragsbuch findest du auf unserer Homepage zum Nachlesen: www.spd-nuernberg.de



266 Namen verfolgter Sozialdemokrat*innen wurden auf der Gedenkstele vor dem SPD-Haus verewigt. Eine wichtige Arbeit der AvS.

NEUES VOM ARBEITSKREIS VERFOLGTER SOZIALDEMOKRAT*INNEN MITTELFRANKEN

Mit In der letzten Ausgabe des Springenden Punktes mussten wir euch leider den Tod unseres Genossen und guten Freundes Reiner Wagner mitteilen. Dieser war bis zu seinem Tod der Vorsitzende des Arbeitskreises verfolgter Sozialdemokrat*innen Mittelfranken (AvS).

Kerstin Gardill, stv. Vorsitzende der SPD Nürnberg, und Rüdiger Löster, Vorsitzender des Arbeitskreises gegen Rechts der SPD Nürnberg, bilden die neue Doppelspitze des Arbeitskreises verfolgter Sozialdemokrat*innen Mittelfranken (AvS). Auf der Jahreshauptversammlung wurden beide einstimmig gewählt. Sie betonten: „Es ist wichtig, dass wir die Erinnerung an den sozialdemokratischen Widerstand während

des NS-Regimes und an die Verfolgung der Sozialdemokrat*innen aufrecht erhalten“.

Reiners unermüdlichem Engagement ist es zu verdanken, dass die von den Nazis verfolgten, inhaftierten und getöteten Genoss*innen nicht vergessen wurden. Er war seit 2008 Vorsitzender der AvS. Kerstin und Rüdiger treten mit diesem Amt ein sehr großes Erbe an.

Die Arbeit des AvS und der wertvolle Einsatz von Reiner Wagner sind von großer Bedeutung für die Sozialdemokrat*innen. Der AvS hat wichtige Erinnerungsarbeit geleistet, die heute im Angesicht zunehmender Radikalität von Rechts wichtiger denn je ist. Beiden Vorsitzenden ist diese Erinnerungsarbeit ein wichtiges Anliegen.

Zum Arbeitskreis verfolgter Sozialdemokrat*innen:

Die unter den zwei Diktaturen in Deutschland verfolgten Sozialdemokrat*innen haben sich zur Vertretung ihrer Interessen in der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokrat*innen zusammengeschlossen. Die AvS entstand als Zusammenschluss sozialdemokratischer Widerstandskämpfer*innen gegen das NS-Regime und sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Traditionen des Widerstandes gegen Gewaltherrschaft wachzuhalten, das Gedenken an die Opfer der Diktaturen zu bewahren und Neonazismus, Rassismus und Extremismus zu bekämpfen.

MEHR GRÜN, MEHR PLATZ FÜR MENSCHEN

SPD FREUT SICH ÜBER MEILENSTEINE FÜR DEN „ERLEBNISRAUM ALTSTADT“



Der Obstmarkt wird verschönert. Auch die Herausforderungen des Klimawandels spielen bei der Planung eine wichtige Rolle.

STADTPLATZ STATT PARKPLATZ

NEUGESTALTUNG DES OBSTMARKTS IM

STADTPLANUNGSAUSSCHUSS VERABSCHIEDET

von CHRISTINE KAYSER

Dieser Beschluss ist ein Meilenstein mit innovativen Ansätzen für die zukünftige Entwicklung des öffentlichen Raums in Nürnberg. Die Planung vereint vielfältigste Wünsche und hat eine sehr hohe Qualität. Viele Punkte wurden von der SPD – dem Ortsverein SPD-Altstadt und der SPD-Stadtratsfraktion – aktiv angestoßen.

Fußgänger*innen und Radfahrer*innen bevorzugt

Der ganze neugestaltete Bereich soll zugunsten der ‚schwachen‘ Verkehrsteilnehmenden aufgewertet werden. Fuß- und Fahrradverkehr sollen gegenüber dem motorisierten Verkehr gestärkt werden. Um dies zu erreichen, wird insbesondere das Angebot an Kfz-Stellplätzen drastisch reduziert auf nur mehr sieben öffentliche Pkw-Stellplätze im Bereich des Fünferplatzes, zudem sieben Behinderten-Stellplätze und drei Taxistände. Der Parksuchverkehr soll somit vermieden werden. Gleichzeitig entsteht mehr Raum für die über 180 geplanten Fahrradstellplätze und neue Nut-

zungen, wie Aufenthaltsmöglichkeiten im Non-Profit-Bereich und Außenbewirtung.

Mehr Platz für Menschen

Der schwer in die Jahre gekommene Obstmarkt wird entsprechend seiner historischen und stadträumlichen Bedeutung gestaltet, um wieder an Identität zu gewinnen. Er soll künftig als urbaner Platz mit Bäumen, Brunnen und Sitzgelegenheiten erlebbar für viele sein.

Zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitig zur Attraktivitätssteigerung und Belebung des Obstmarktes soll schwerpunktmäßig das Element Wasser beitragen. Der säulenartige Stockzahnbrunnen soll ersetzt werden. Im Winkel des Rathausgebäudes wird der ehemals im Innenhof des Pellerhauses stehende, historische Apollobrunnen einen angemessenen Platz finden, und einen Trinkbrunnen wird es auch geben.

Spielpunkte und Sitzmöglichkeiten

Zwischen den beiden Brunnen wird ein interaktives Wasserspiel mit Trittsteinen und Wasser beziehungsweise Wasserebel als Spielpunkt gesetzt. Damit wird hier ein An-

ziehungspunkt nicht nur für Kinder gestaltet. Besonderes Augenmerk wurde auf die Entwicklung von Ruheplätzen und Sitzgelegenheiten außerhalb der Bewirtungsflächen und damit ohne Konsumzwang gelegt. Für den Obstmarkt wurde ein Banktypus entwickelt, der mehrere Funktionen erfüllen kann.

Neues Schwammstadtprinzip bei Plätzen

Aus Gründen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung soll am Obstmarkt im Sinne des Schwammstadtprinzips ein innovatives Entwässerungskonzept zum Einsatz kommen. Den Bäumen wird unterhalb der befestigten Oberfläche in miteinander verbundenen Rigolenkörpern mehr Raum gegeben. Das eingesetzte Substrat kann in kleinen Hohlräumen Wasser speichern, das dem Baum dadurch zur Verfügung steht und langsamer an die Umgebung und die Kanalisation abgegeben wird. Somit leistet das System auch einen Beitrag, um den Wasserabfluss bei Starkregen zu dämpfen.

Fünf Bäume werden auch am Hauptmarkt gesetzt. Einer in der Brautkehre und vier vor der Gastronomie neben der Frauenkirche.

Erinnerung an die Zerstörung

Der Zugang zum Obstmarktbrunnen wird im Rahmen eines Kunstprojekts von Anja Schoeller sichtbar gemacht. Dies wurde in einem ortsspezifischen Beteiligungsprojekt mit Zeitzeug*innen und Bürger*innen der ehemaligen „Sebalder Steppe“ in der nördlichen Altstadt als Erinnerungs-Denkmal ab 2017 entwickelt.



Die Pläne für den neuen Nägeleinsplatz sehen viel Versprechend aus. Mehr Grün und jede Menge Platz zum Verweilen und genießen.

GRÜNES UFERBAND VOM HAUPTMARKT

BIS ZUR HALLERWIESE

UMGESTALTUNG DES NÄGELEINSPLATZES BEGINNT

Viel Grün, eine besser erlebbare Pegnitz und kleine grüne Oasen mitten in der Altstadt: Das sieht das Konzept für den Nägeleinsplatz vor. Die SPD-Stadtratsfraktion steht hinter diesem Konzept, welches auf einer ganzen Reihe von Beteiligungsformaten für die Bürger*innen beruht. Im Februar-SÖR-Ausschuss wurde die Vergabe des 1. Bauabschnitts für die Realisierung im Jahr 2022 beschlossen. Wir freuen uns, dass es nun endlich mit den Bauarbeiten vorangeht! Die Neugestaltung wird ein großer Gewinn für die Nürnberger*innen sein. Entlang der Pegnitz entsteht ein barrierefreier, grüner Weg ins Stadtzentrum – von der Hallerwiese zum Nägeleinsplatz und über den neuen Augustinerhof bis zum Hauptmarkt. Die SPD unterstützt den Vorschlag, den aufgewerteten Uferweg entlang der Pegnitz „Merianin-Uferweg“ zu nennen, nach der bekannten Wahl-Nürnbergerin, Naturforscherin und Künstlerin Maria Sibylla Merian.

Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen

In puncto Sicherheit wird es an sehr vielen Stellen wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand geben. So wird beispielsweise die Treppe am Hallertörlein gedreht, um die Fußgänger*innen besser zu schützen, und die bisher unübersichtliche Stelle zwischen den beiden Tunneln wird durch eine neue Wegeführung übersichtlicher und damit sicherer. Vor dem Kettensteg-Biergarten werden Parkplätze in Grün umgewandelt. So wird mehr Raum für die vielen Fußgänger*innen und Radfahrer*innen hinzugewonnen, die sich in diesem Bereich bewegen. Besonders wichtig ist, dass am Übergang vom Platz vor dem Kettensteg zum Nägeleinsplatz Barrierefreiheit hergestellt wird.

Orte zum Verweilen, Kühlen und Entspannen – gerade im Sommer zunehmend wichtiger. Zugang zum Wasser wird möglich

Ein weiteres Highlight sind die geplanten Zugänge zum Wasser. Zwei zusätzliche wird es künftig geben: eine steinerne Terrasse mit Sitzstufen und Blick auf die Pegnitz in der Nähe der Neuapostolischen Kirche und einen naturnahen und barrierefreien Zugang neben dem Kettensteg-Biergarten. Dieser wird bereits im ersten Bauabschnitt verwirklicht. Am Nägeleinsplatz soll der direkte Zugang ins flache Wasser im Sommer vor allem zum Vergnügen für die Kinder werden. Das historische Bild vor der Zerstörung der Nägeleinsmühle zeigt genau an dieser Stelle planende Kinder in der Pegnitz. Für die zunehmend heißeren Sommertage schaffen wir damit neue Klima- und Kühlzonen in der historisch bedingt relativ versiegelten Innenstadt. Im Wasser auf Steinen sitzen und mit den Füßen ins Wasser tippen – nur fünf Minuten vom Hauptmarkt entfernt. Das ist ein weiterer Meilenstein für das Projekt „Stadt am Fluss“, für das sich die SPD seit über zehn Jahren einsetzt.

Das Fazit: Mehr Grün und Lebensqualität für die Altstadt – wir reden nicht nur darüber, sondern tun auch was dafür!



Am 28. April 2022 feierte die AWO Nürnberg ein besonderes Jubiläum: Die Beratungsstellen für Rückkehrer*innen und sozial benachteiligte Familien im Kosovo bestehen seit über 15 Jahren.

Die AWO Nürnberg mit ihrem Geschäftsbereich für Migration und Integration unterhält seit 2007 in der Hauptstadt Pristina und in der Stadt Prizren zwei Anlaufstellen. Dort berät und unterstützt die AWO vor allem Rückkehrer*innen aus Deutschland, aber auch benachteiligte kosovarische Familien. Im Jahr 2021 kam ein Vorintegrationsprojekt für Fachkräfte, die nach Deutschland einwandern möchten, hinzu.

Rückkehrhilfe-Projekt – Hilfe beim Ankommen

Das Rückkehrhilfeprojekt der AWO Nürnberg im Kosovo hat das Ziel, für zurückgekehrte Familien eine Perspektive im Kosovo durch wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu eröffnen.

Das Beratungszentrum in Pristina ist dabei die erste Anlaufstelle für die Rückkehrer*innen. Gemeinsam mit den Familien werden Möglichkeiten für einen Neuanfang im Heimatland besprochen. Hier geht es vor allem um Themen wie Wohnen, Arbeit, Schule und medizinische Versorgung.

Von Anfang an hatte die AWO besonders die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Blick. Ihnen wird durch Kurs- und Freizeitangebote sowie eine psychologische Begleitung das Ankommen im Kosovo erleichtert.

Die Familien erhalten durch das Projekt Beratung und Hilfe bei Behördengängen, aber

auch materielle Unterstützung. Um festzustellen, wie die jeweilige Lage der Familien ist, macht das Team der AWO Hausbesuche. Hierbei wird gemeinsam mit den Familien geklärt, welche Hilfe am nötigsten ist.

So sind in den letzten 15 Jahren viele Betten, Schränke, Heizöfen, Kühlschränke und Waschmaschinen gekauft worden. Zahlreiche Familien erhielten Unterstützung für die Renovierungen ihrer oft maroden Häuser, z. B. durch die Lieferung von Türen und Fenstern, Sand und Mörtel, Fußböden und Badeeinrichtungen. Das AWO Team trifft dabei oft auf blanke Not, wovon in der Regel leere Kühlschränke zeugen

Dieses Projekt wird aus den Mitteln des Stabilitätspaktes Südosteuropa des Auswärtigen Amtes und aus Mitteln des Bayerischen Landesamtes für Asyl und Rückführungen gefördert.

Projekt „Hallo Deutschland“ – Unterstützung für Fachkräfte

Das Engagement der AWO Nürnberg im Kosovo hatte bis 2021 vor allem den Schwerpunkt der Unterstützung von Deutschland-Rückkehrer*innen und sozial benachteiligten Familien.

Leider zwingt die wirtschaftliche Lage des Kosovo immer noch viele Menschen dazu, ihr Heimatland zu verlassen. Die Bevölkerung des Kosovo ist sehr jung – für viele junge, gut ausgebildete Menschen fehlt jedoch eine berufliche Perspektive im eigenen Land. Daher suchen zahlreiche Kosovar*innen ihr Glück im Ausland, insbesondere in Deutschland. Da der Kosovo als sicheres Herkunftsland eingestuft wird, ist

der Weg, über ein Asylverfahren in Deutschland Fuß zu fassen, aussichtslos. Deshalb mussten in den letzten Jahren tausende in Deutschland lebende Kosovar*innen in ihre Heimat zurückkehren.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz eröffnet die Bundesregierung seit 2020 gut ausgebildeten Menschen aus Drittstaaten die Möglichkeit zur legalen Migration nach Deutschland.

Um die Fachkräfte zu unterstützen, hat die AWO Nürnberg das Projekt „Hallo Deutschland“ ins Leben gerufen. Es erleichtert Fachkräften und deren Angehörigen aus dem Kosovo den Wechsel nach Deutschland. Das AWO-Team hilft dabei, bürokratische Hürden zu überwinden und erleichtert den Zuwandernden den Neubeginn in Deutschland.

So wird beispielsweise ein Kurs für Angehörige angeboten, wo sie über Themen wie das Schul-, Sozial-, und Gesundheitssystem in Deutschland informiert werden. Auch Einzelfallberatung ist möglich, etwa, wenn Angehörige Fragen zum Visumverfahren oder zu ihrer eigenen beruflichen Perspektive in Deutschland haben.

Den Kindern soll im Rahmen des Projekts vor allem der Abschied von der alten Heimat und dem gewohnten Umfeld erleichtert werden. Daneben werden die Kinder auch auf den Schulalltag in Deutschland vorbereitet, erste Begriffe und Sätze auf Deutsch sollen ebenfalls vermittelt werden.

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



AKTUELLES AUS DEM BUNDESTAG

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Der Angriff Russlands auf die Ukraine bestimmt weiter die Schlagzeilen – und beschäftigt auch den Bundestag in ganz vielen Bereichen, unter anderem mit den Energiepaketen. Heute möchte ich aber mal berichten, was wir auf Betreiben der SPD sonst noch so aktuell im Bundestag beschlossen haben und beschließen wollen – und was derzeit ein wenig überlagert wird.

> **Der Mindestlohn wird erhöht:** Wie im SPD-Wahlprogramm versprochen, werden wir den gesetzlichen Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 einmalig auf einen Bruttostundenlohn von zwölf Euro erhöhen. Gleichzeitig wollen wir unter anderem die Höchstgrenze für eine Beschäftigung im sogenannten Übergangsbereich von monatlich 1.300 auf 1.600 Euro anheben. In diesem Bereich entlasten wir gezielt kleine Einkommen von Sozialabgaben, ohne dass die Leistungen deswegen weniger werden.

> **Steuarentlastung:** Das Steuarentlastungsgesetz 2022 bringt in diesem Jahr eine Entlastung in Höhe von rund 4,46 Milliarden Euro. Dazu steigt zum Beispiel der Grundfreibetrag. Die Erhöhung der Entfernungspauschale wird vorgezogen, der Arbeitnehmerpauschbetrag für Werbungskosten steigt. Vor dem Hintergrund von Corona gibt es darüber hinaus ein weiteres Bündel an Entlastungen: Dazu gehören die Verlängerung der Homeoffice-Pauschale, die Steuerfreistellung von Sonderzahlungen bis zu 4.500 Euro und unter anderem die erweiterte Verlustverrechnung für Corona-gebeutelte Betriebe. Pflegekräfte in Krankenhäusern

und Pflegeheimen erhalten einen weiteren Pflegebonus in Höhe von bis zu 550 Euro.

> **Mehr Rente:** Nach einem dicken Rentenplus in diesem Jahr folgen als nächstes die im SPD-Wahlprogramm versprochenen Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Wir haben diese schon in den letzten Jahren gestärkt – aber stets nur für Neurentner*innen. Jetzt sollen auch die Bestandsrenten verbessert werden. Wer eine Erwerbsminderungsrente bezieht, die zwischen 2001 und 2018 begonnen hat, soll künftig einen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent erhalten. Die Ampel hat sich darauf geeinigt, dass dieser ab 2024 gilt. Allerdings sollten wir angesichts der Preisentwicklung ein Vorziehen prüfen.

> **Mehr BAföG:** Mit einer weiteren BAföG-Reform stärken wir die Studierenden und sorgen dafür, dass mehr von ihnen diese Unterstützung bekommen. Die Freibeträge für das Elterneinkommen werden um 20 Prozent erhöht. Die Förderaltersgrenze wird auf 45 Jahre erhöht, damit auch vorher Berufstätige eine Chance zum Wechsel haben. Die Anträge sollen leichter und digitaler werden. Nicht zuletzt erhöhen wir die Bedarfssätze und den Kinderbetreuungszuschlag um fünf Prozent. Auch der Wohnzuschlag steigt. Das alles soll aber nur ein Vorgeschmack sein auf die von der SPD geforderte große BAföG-Reform.

> **Sanktionsmoratorium:** Als Zwischenschritt zum für 2023 geplanten Bürgergeld gibt es ein Sanktionsmoratorium. Sanktionen bei Pflichtverletzungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden damit vorübergehend ausgesetzt. Mehr Respekt und Kooperation sollen künftig im Mittelpunkt stehen. Mehrfache Meldeversäumnisse sollen allerdings weiterhin sanktioniert werden können. Denn wenn jemand nicht zu vereinbarten Terminen erscheint, kann auch nicht geholfen werden. Generell wird es eine Entlastung von Bürokratie geben und damit einen ersten Schritt hin zum Bürgergeld: Bei diesem steht dann im Mittelpunkt, dass Arbeitslose keine Angst haben müssen, sehr schnell das über Jahre Ersparte aufbrauchen oder in eine kleinere Wohnung ziehen zu müssen.

> **Deutschland bis 2045 klimaneutral:** Wir haben als SPD die Energiewende eingestartet und wollen sie erfolgreich und vollständig umsetzen. Das „Osterpaket“ soll den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energie beschleunigen. Diese soll künftig gesetzlichen Vorrang bei der Schutzgüterabwägung haben, Ausschreibungsmengen und Ausbauziele heben wir deutlich an.

Wir beschleunigen die Planungs- und Genehmigungsverfahren. Den Bau von Wind- und Solarprojekten durch Bürgerenergiegesellschaften fördern wir und werden Kommunen noch stärker finanziell beteiligen, um Widerstände abzubauen. Bis 2030 soll die Erneuerbare Energie einen Anteil von mindestens 80 Prozent unseres Bruttostromverbrauchs abdecken.

> **§ 219a raus aus dem Strafgesetzbuch:** Wie in unserem Wahlprogramm gefordert, können Ärzt*innen künftig zum Beispiel auf ihrer Homepage über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Für Frauen bedeutet das einen einfacheren Zugang zu medizinischen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche.

> **Mehr Lärmschutz:** Eigentümer an ausgewiesenen Umleitungsstrecken sollen künftig unter bestimmten Voraussetzungen die Aufwendungen für Schallschutzmaßnahmen an ihrem Gebäude (zum Beispiel Einbau von Lärmschutzfenstern) erstattet bekommen. Hintergrund ist, dass Umleitungen zum Teil jahrelang bestehen.

Das war jetzt mal ein kleiner Überblick über das, was wir sonst so gerade in Berlin machen – und wie wir unsere größeren und kleineren Wahlversprechen fleißig abarbeiten!

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Andreas Mittelmeier
Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman
Grafische Gestaltung: Michael Graf
Korrektur: Dagmar Köhnlein
Redaktionsanschrift: der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de
Tel: 0911 - 438960
 Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare



MISSION

#SOZIALUNDKLIMANEUTRAL

UNSER PLAN FÜR EINE SOZIALE KLIMAWENDE IN BAYERN

Foto: Lennart Preiss

von ARIF TAŞDELEN, MdB

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

Klimaschutz ist eine der entscheidendsten und drängendsten Aufgaben, die die Gesellschaft bewältigen muss – sowohl global als auch regional auf Bayern bezogen. Deshalb haben wir als Fraktion im Bayerischen Landtag ein neues Soziales Klimaschutzgesetz für Bayern vorgelegt. Wir wollen im Interesse unserer Kinder erreichen, dass Bayern bis 2040 klimaneutral ist und wir so schnell wie möglich unabhängig von russischem Öl, Gas und Kohle werden. Wir dürfen auf lange Sicht auf keinen Fall weiter von russischer, fossiler Energie abhängig sein.

Nachdem es CSU und Freie Wähler bis heute nicht geschafft haben, sich auf ein längst überfälliges neues Gesetz für den Klimaschutz im Freistaat zu einigen, bringen wir als SPD ein zukunftsorientiertes Klimaschutzgesetz in den Landtag ein. Wir setzen dabei auf einen neuen Schub für die Energiewende und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, gerade auf dem Land. Uns ist wichtig, dass es beim Klimaschutz gerecht zugeht und niemand auf der Strecke bleibt.

Das Gesetz ist ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf den CSU-Windkraftstopp 10H abschaffen. Bisher besteht die CSU darauf, dass Windräder das 10-fache ihrer Höhe von Wohnsiedlungen entfernt stehen müssen. Bei einer Höhe von etwa 200 Metern bedeutet das, dass Windräder einen Abstand

der Eisenbahnbehörde BEG die Bayerische Mobilitätsgesellschaft werden. Sie soll die Landkreise bei landkreisübergreifenden Expressbussen unterstützen. Eine weitere wichtige Innovation in dem Gesetzentwurf gegenüber der aktuellen Situation in Bayern ist der Nachsteuerungsmechanismus. Wenn die Klimaziele verfehlt werden, dann muss sofort reagiert und nachgebessert werden. Außerdem müssen mit unserem Klimaschutzgesetz alle zukünftigen Gesetze und Ausgaben des Freistaats überprüft werden, ob sie auch klimagerecht sind. Das ist für uns ein wichtiger Hebel, um guten, effektiven und sozialen Klimaschutz in ganz Bayern und allen Bereichen des Lebens zu verwirklichen.

Besonders wichtig für uns ist aber: Unser Gesetz verpflichtet auch zu Gerechtigkeit beim Thema Klimaschutz. Niemand soll in Bayern durch die Klimapolitik unfair benachteiligt werden. Wir wollen jeden Menschen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz in Bayern mitnehmen. Wir wollen sozialen Klimaschutz zu einer Leitschnur für bayerische Politik machen. Deshalb schreibt unser Gesetz auch vor, dass die Verteilungswirkung von Klimamaßnahmen überprüft wird.

Mit unserem Klimaschutzgesetz setzen wir uns für einen gerechten Klimaschutz ein, der neue, gute Arbeitsplätze schafft – und nicht kostet. Wir sehen Klimaschutz als Innovationsmotor, der Bayerns Wohlstand für die Zukunft sichert. Mit unserem Gesetz geben wir der CSU und den Freien Wählern im Landtag die Chance, endlich echten Klimaschutz nach vorn zu bringen, der dazu auch sozial gerecht ist.

von zwei Kilometern zu Wohnbebauung einhalten müssen. Das hat den Windkraftausbau in Bayern praktisch gestoppt. Für sozial gerechten Klimaschutz und saubere, erneuerbare Energie brauchen wir aber die Windkraft. Deshalb ist die Abschaffung von 10H so ein wichtiger Schritt.

Wir wollen auch eine Photovoltaik-Pflicht beim Um- und Neubau von Gebäuden einführen. Außerdem soll die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken vorangebracht und aus

GRAUZONEN. NÜRNBERGER KÜNSTLER*INNEN IM NATIONALSOZIALISMUS

Einladung der ASF Nürnberg zu einem gemeinsamen Besuch der Sonderausstellung mit anschließendem sommerlichen Get-together im Garten der Kunstvilla.

Link zur Ausstellung: <https://tinyurl.com/2pm2tk32>

Do., 28. Juli 2022
18:00 - 20:00 Uhr

17:45 Uhr in der Kunstvilla
im KunstKulturQuartier
(Blumenstraße 17, 90402
Nürnberg)

Anmeldung unter asf@spd.nuernberg.de

Save the Date!

Nürnberg.

SPD



von STEFAN SCHUSTER, MdB

Der diesjährige Verfassungsschutzbericht könnte wohl auch ein Kapitel über das ihm zugrundeliegende Gesetz enthalten. Denn das Bayerische Verfassungsschutzgesetz wurde durch das Bundesverfassungsgericht zu großen Teilen für verfassungswidrig erklärt. Diese groteske Erkenntnis darf bei der Beurteilung der Aktivitäten des Bayerischen Verfassungsschutzes nicht außer Acht gelassen werden. Zunächst sind aber der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2021 und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts getrennt voneinander zu betrachten.

Verfassungsschutzbericht

Zwar erscheint der Bayerische Verfassungsschutz in dieser Zeit in sehr unglücklichem Licht. Dennoch stellt sein jährlicher Bericht wichtige Informationen zur Verfügung. In diesem werden die Erkenntnisse des bayerischen Verfassungsschutzes zum Rechtsextremismus, Islamismus, auslandsbezogenem Extremismus, den Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen, den Scientology-Organisationen, sicherheitsgefährdenden demokratiefeindlichen Bestrebungen, der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit und dem Linksextremismus zusammengefasst.

Nach dem Bericht ist sowohl das Personenpotential der rechtsextremen Szene, als auch die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten 2021 gesunken. Auch die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten sowie die durch ausländische oder religiöse Ideologie motivierten Gewalttaten sind laut dem Verfassungsschutzbericht zurückgegangen. Diese Meldungen klingen zunächst sehr erfreulich, sind aber auf den zweiten Blick kritisch zu beurteilen. In der Corona-Pandemie hat sich ein Phänomen verstärkt entwickelt, dass der Verfassungsschutz in seinen Berichten nur unzureichend darstellt.

Durch die rasante Verbreitung der Sozialen Medien können wenige extremistische Akteur*innen ihre Ideologien ungebremst sehr weit verbreiten und neue Anhänger*innen gewinnen. Diese treten meist nicht den bisherigen extremistischen Organisationen und Personenzusammenschlüssen bei, sondern radikalieren sich „alleine“ nur durch die extremistischen Inhalte aus den Kanälen in den Sozialen Medien. Die bisherigen Beobachtungen des Verfassungsschutzes konzentrieren sich jedoch zu sehr auf die altbekannten Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Das Phänomen der zunehmenden Zahl an partei- und organisationsunabhängigen Extremist*innen wurde durch den Verfassungsschutz zwar bereits erkannt, wird aber noch viel zu unzureichend dargestellt und analysiert.



VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

SPD-LANDTAGSFRAKTION FORDERT

GRÖßEREN FOKUS AUF SOZIALE MEDIEN

Der einzige Teil des Verfassungsschutzberichts, der sich intensiv zumindest mit einem Teil der partei- und organisationsunabhängigen Extremist*innen auseinandersetzt, ist der zu Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen. Hier wird das Problem offensichtlich und es zeigt sich eine äußerst beunruhigende Tendenz. Das Personenpotential dieses Phänomenbereichs (Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen) ist seit 2020 von 4.130 auf 4.605 Personen angewachsen. Keine andere verfassungsfeindliche oder sicherheitsgefährdende demokratiefeindliche Bewegung erreicht diesen Wert. Das spiegelt sich auch in der Zahl der extremistisch motivierten Gewalttaten wider, die diesen Personen zugerechnet werden. 122 Gewalttaten werden genannt, das ist mehr als allen anderen extremistischen Bereichen zusammen zugeordnet wird.

Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen stellen aber nur einen Teil des neuen Phänomenbereichs des partei- und organisationsunabhängigen Extremismus dar. Ein großer Teil des Bereichs ist nicht ausreichend im Verfassungsschutzbericht abgebildet. Diese unzureichende Beurteilung hinterlässt große Zweifel an der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes und muss in den Schlüssen, die aus den Ergebnissen des Berichts gezogen werden, berücksichtigt werden. Zentrales Beispiel hierfür ist die angeblich gesunkene Zahl an Rechtsextremist*innen in Bayern. Zwar mögen weniger Personen rechtsextremen Gruppen zugeordnet werden – das liegt auch an der fehlenden Beobachtung der gesamten AfD -, blickt man aber

auf die Reichsbürger oder die gestiegene Zahl an partei- und organisationsunabhängigen Rechtsextremist*innen wird einem klar, es gibt nicht weniger Rechtsextreme, sondern mehr.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist deswegen klar, dass sich die Arbeitsweise des bayerischen Verfassungsschutzes ändern muss. Insbesondere ist ein größerer Fokus auf die Beobachtung der Sozialen Medien und der dortigen Verbreitung von extremistischem Gedankengut und Verschwörungstheorien zu legen. Weiterhin ist die gesamte AfD zu beobachten.

Verfassungsschutzgesetz

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einem Urteil vom 26. April das bayerische Verfassungsschutzgesetz für teilweise verfassungswidrig erklärt. Das Gesetz wurde 2016 durch die CSU grundlegend überarbeitet. Schon damals hat die SPD-Landtagsfraktion versucht, mit einem Änderungsantrag die verfassungswidrigen Bestrebungen der CSU zu unterbinden, jedoch ohne Erfolg. Das verabschiedete Gesetz enthält somit mehrere verfassungswidrige Vorschriften. Regelungen wie die zur Wohnraumüberwachung oder die Auskunft über Verkehrsdaten aus der Vorratsdatenspeicherung sind nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Jetzt liegt es an der Staatsregierung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die verfassungswidrigen Vorschriften zurücknimmt und dem Verfassungsschutz eine vernünftige Rechtsgrundlage an die Hand gibt. Die SPD-Landtagsfraktion wird diesen Prozess aufmerksam begleiten und, wenn nötig, Änderungen in den Landtag einbringen.

JUSOS WIEDER VOR ORT!



Nach zwei langen Corona-Jahren können wir uns endlich wieder offline treffen. Seit einer Weile schon führen wir unsere Montagsitzungen, wie früher gut besucht, im KBZ durch. Unsere erste Präsenzveranstaltung wurde sogleich auch durch einen Gast eingeleitet: Antonio Fernandez Rivera vom Centro Español hat uns im Rahmen unserer Grundwertereihe „Internationalismus“ Einblick gegeben in die Entwicklung des Vereins als Treff- und Hilfspunkt spanischer Einwander*innen zu einem Zentrum spanischer Kultur in Deutschland. Aktuell beschäftigen wir uns vier Wochen lang mit unserem Grundwert „Feminismus“ und konnten hier mit Canan Candemir sprechen, der Vorsitzenden der Nürnberger SPD-Arbeitsgruppe sozialistischer Frauen (AsF). Dazwischen haben wir uns auch mit aktuellen Themen wie Kommunalpolitik beschäftigt und durften hier unsere Stadträte und Jusos Yasemin Yilmaz und Nasser Ahmed mit Fragen löchern, z. B. zum Frankenschnellweg, zum 365-€-Ticket und zum Opernhaus. Doch haben wir die Vorteile von Videokonferenzen hinsichtlich Flexibilität nicht vergessen und konnten auf diese Weise Jan Plobner, Juso und seit letztem Jahr Mitglied des Bundestages für das Nürnberger Land und Roth, per Videoschleife über seine neue Arbeit ausfragen. Wir freuen uns, wieder von Angesicht zu Angesicht miteinander diskutieren zu können.

Doch können wir nicht nur wieder live diskutieren, sondern auch demonstrieren! Von unserem Beitrag zur Kundgebung zu den Attentaten in Hanau haben wir bereits in der dsp-Ausgabe diesen März berichtet. Die Hintergründe hierzu mussten wir damals aber noch in einer Onlinesitzung mit unseren Mitgliedern erarbeiten. Zum 1. Mai sah das erfreulicherweise ganz anders aus! Am entsprechenden Montag vorher haben wir uns gemeinsam mit unseren Mitgliedern im KBZ

getroffen, die Tische sicher mit Karton verkleidet und Plakate mit unseren Forderungen bemalt. Wir sind stolz, das Fronttransparent für den Jugendblock des 1. Mai erstellt zu haben. Und wir freuen uns, wieder stolz unsere Forderungen auf der Straße kundtun zu können! Der 1. Mai ist ein besonders wichtiges Ereignis im Juso-Jahr, und deshalb war es besonders eindrucksvoll, nach zwei Jahren Pause wieder Seite an Seite mit gleichgesinnten Jugendorganisationen zu demonstrieren.

Doch auch weniger emotionale, mehr parteiorganisatorische Punkte konnten wir wieder in Präsenz durchführen und so davon profitieren, wieder einander zu begegnen und sich miteinander zu vernetzen. Am 14. und

15. Mai fand die erste Lagekonferenz der Jusos Bayern für das Jahr 2022 statt. Auf der Konferenz wurde unter anderem ein neuer Vorstand gewählt. Die bisherige Landesvorsitzende Anna Tanzer ist nach drei Jahren als Vorsitzende und acht Jahren im Vorstand nicht mehr angetreten. Ihr Amt übernimmt Kilian Maier (28, bisher stellvertretender Landesvorsitzender) aus München, der mit 86 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Alessia Keller (22) aus Oberfranken und Sophie Hofer (24) aus Niederbayern gewählt. Für den Bezirk Mittelfranken wurde Maximilian Mayer (28) aus Nürnberg in das Amt des Sprechers für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Landesvorstand gewählt.

Nach und während den Vorstandswahlen wurden zahlreiche Anträge beraten und beschlossen. Neben dem Arbeitsprogramm für das Amtsjahr des Vorstands wurde ein Leitantrag einstimmig angenommen, der die grundsätzlichen Positionen der Jusos Bayern zu den Themen Wohnen, Mobilität und Bildung festschreibt und die Grundlage für ein Wahlprogramm zur Landtagswahl 2023 darstellt. Zum Schluss der Konferenz wurde ein Initiativantrag, der das 100-Milliarden-Euro Sondervermögen der Bundeswehr und das 2-%-Ziel der Nato klar ablehnt, nach kontroverser Diskussion mit mehreren Gegenstimmen angenommen. Die nächste Lagekonferenz der Jusos Bayern findet voraussichtlich im Herbst 2022 statt – hoffentlich ebenfalls wieder vor Ort.

Wir freuen uns, wieder 100 % politisch aktiv sein zu können!

INFOVERANSTALTUNG ZUM FRANKENSCHNELLWEG

Der AK Umwelt und der OV Gibitzenhof-Steinbühl laden alle interessierten Genoss*innen ein, sich im Vorfeld des, auf der JHV zugesagten, Parteiausschuss zum Frankenschnellweg, im Juli oder September 2022, über unsere Sicht der Dinge zu informieren.

Wir möchten euch erläutern, was unserer Meinung nach gegen die Pläne des geplanten kreuzungsfreien Ausbaus spricht und mit euch über alternative Ideen diskutieren, die u.a. schon seit einiger Zeit existieren.

MI., 22. Juni 2022
ab 19:00 Uhr

Willy-Pröb-Saal, KBZ



AWO NÜRNBERG STARTET PLAKAT-AKTION FÜR MEHR SOLIDARITÄT



Am 25.03.2022 startete der AWO Kreisverband Nürnberg e. V. eine Plakatkampagne unter dem Motto „Solidarität geht gemeinsam“. Dabei waren im Stadtgebiet Nürnberg zwei Plakatmotive zu sehen. Mit dieser Aktion verdeutlichte die neu aufgestellte AWO-Vorstandschefin bestehend aus Ina Schönwetter-Cramer und Michael Schobelt ihren Anspruch, sich in der Stadtgesellschaft zu positionieren.

Die Plakate warben für Freiheit und Vielfalt. Sie haben klar Stellung gegen Rechtsextremismus und autoritäre Strömungen bezogen. Damit hat die AWO zwei der Themen angesprochen, die Deutschland und die Welt aktuell am stärksten bewegen: Der Angriffskrieg in der Ukraine und die Corona-Pandemie.

Der Angriffskrieg Wladimir Putins gegen die Ukraine fordert nicht nur von Deutschland, sondern von der ganzen Welt Solidarität mit der Ukraine und den Menschen, die vor dem Krieg fliehen. Insbesondere in den Bereichen Migration und Integration ist der AWO Kreisverband ein wichtiger Teil der Nürnberger Stadtgesellschaft. Schon seit langem beraten und betreuen wir geflüchtete Menschen. In unseren AWO-Kindertageseinrichtungen finden geflüchtete Kinder Aufnahme und Anschluss.

Doch auch Corona stellt uns noch immer vor neue Herausforderungen. Vor dem Hintergrund der bundesweiten Lockerungen von

Schutzmaßnahmen, während sich gleichzeitig mehr Menschen als je zuvor mit dem Virus infizieren, spielt der gesellschaftliche Zusammenhalt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Hier lehnte sich die Kampagne der AWO an eine Plakataktion der SPD Nürnberg an.

Die AWO in Nürnberg betreut in unterschiedlichen Einrichtungs- und Wohnformen Men-

schen, die ein erhöhtes Risiko für schwere Krankheitsverläufe bei einer Corona-Infektion haben. Besonders ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und Kinder sind darauf angewiesen, dass die Menschen, die sie betreuen alle notwendigen Schutzmaßnahmen ergreifen. Dieser Herausforderung kann nur begegnet werden, wenn sich die Gesellschaft solidarisch mit den Pflegenden zeigt.

„Die Solidarität mit der Ukraine und die Hilfe für Geflüchtete sind Themen, die der AWO Nürnberg besonders am Herzen liegen. Schon 2015 haben wir gezeigt, dass wir ein verlässlicher Partner sind, wenn es um die Betreuung, Beratung und Integration von Schutzsuchenden geht. Heute wollen wir an diese Erfolge und Erfahrungen anknüpfen. Dafür stehen wir mit unseren hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und vielen ehrenamtlichen Helfer*innen bereit.“ - Michael Schobelt, Vorstandsvorsitzender AWO Kreisverband Nürnberg e. V.

„Während sich das ganze Land auf Lockerungen in der Corona-Pandemie freut, leistet das Personal in unseren Altenheimen, Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung immer noch Schwerarbeit. Nach der Eindämmung von Corona geht es jetzt darum, eine ‚neue Normalität‘ nach und mit dem Virus zu gestalten. In den letzten Jahren haben wir erfolgreich hohe Schutzstandards etabliert. Jetzt geht es darum für die Menschen, die wir betreuen, Sicherheit und ein möglichst normales Leben in Einklang zu bringen.“ - Ina Schönwetter-Cramer, Vorstandin AWO Kreisverband Nürnberg e. V.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



STRASSENFEST GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG – FÜR EIN BESSERES ZUSAMMENLEBEN

Das 8. Straßenfest wird nach zweijähriger pandemiebedingter Zwangspause wieder ein „richtiges“ Fest. Es findet statt am **18. Juni 2022** und geht wie immer von **14:00 bis 22:00 Uhr**. Und: Es wird wieder komplett am **Aufseßplatz** stattfinden.

Fast fünfzig Organisationen, Parteien und Verbände setzen damit ein wichtiges und starkes Zeichen zur Unterstützung des Mottos: „Gegen Rassismus und Diskriminierung – Für ein besseres Zusammenleben“. Und auf der Bühne wird wie gewohnt ein vielfältiges, internationales Kultur- und Musikprogramm geboten!



ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / JUNI 2022

01.06.2022 – 19:00 Uhr

SPD Lichtenhof:

**Jahreshauptversammlung –
ACHTUNG TERMINÄNDERUNG!**

Gemeindezentrum der Evang.-Luth.
Kirchengemeinde Nürnberg-Lichtenhof,
1. Stock, Plenarsaal

01.06.2022 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen

Restaurant Hammerschmiede,
Laufamholzstraße 300

14.06.2022 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Termine unter 0911 43896 0

14.06.2022 – 19:30 Uhr

**SPD Nordostbahnhof: Ortsvereinstreffen
mit Rüdiger Löster Vors. des AK
gegen Rechts**
SIGENA-Plauenerstr.7, 90491 Nürnberg

15.06.2022 – 18:30 Uhr

SPD Johannis: Mitgliedertreffen
Café Fatal

21.06.2022 – 19:00 Uhr

**SPD Langwasser: Versammlung zur
Landtagswahl mit Wahl der Delegierten**
Gemeinschaftshaus

21.06.2022 – 19:30 Uhr

**SPD St. Leonhard-Schweinau:
Jahreshauptversammlung**
Restaurant Sarajevo,
Schwabacherstr. 53
(Nebenzimmer)

22.06.2022 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein: Aktiventreffen
Wirtshaus Galvani,
Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

26.06.2022 – 14:00 Uhr

SPD St. Leonhard-Schweinau

Stand auf dem Nachbarschaftsfest vor
der Villa Leon

28.06.2022 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Termine unter 0911 43896 0

28.06.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt: Mitgliedertreffen
Gesellschaftshaus Gartenstadt

28.06.2022 – 18:00 Uhr

SPD Langwasser: Vorstandssitzung
Gemeinschaftshaus

Bitte beachte, dass es aufgrund der pandemischen Situation zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.